

Nachbarschaft gegen Nachverdichtung

Asylbewerberunterkünfte statt bezahlbarer Wohnraum

Ein Asylbewerberheim mitten in einem begrünten Innenhof? Klingt verrückt, ist aber der Plan der Gesobau in einer Anlage am Pankower Schlosspark. An der Kavallerstraße sollen in Kürze 400 Asylbewerber untergebracht werden. Die Anwohner sind empört.

Die Nachbarn laufen seit 2019 Sturm gegen die Pläne. Nach langen Debatten hat die landeseigene Baugesellschaft Gesobau mit Rückendeckung des Senats vor einem Jahr entschieden, dass statt Wohnungen nun eine Asylbewerberunterkunft errichtet wird. Dann gilt Sonderbaurecht, was die Umsetzung des Projekts beschleunigt.

Die Bürger demonstrieren immer wieder vor dem Berliner Abgeordnetenhaus oder in ihrem Bezirk. Sie verlangen ein Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister, aber die Machteliten in Berlin verschließen sich jedem Dialog.

Der Bundestagsabgeordnete Götz Frömming machte sich selbst ein Bild vor Ort und kam zu dem Ergebnis: „Das sind die Auswirkungen der Migrationspolitik, die die Regierung gegen die eigene Bevölkerung durchsetzt.“



Pankower demonstrieren gegen das Nachverdichtungsprojekt (November 2023)

Im Abgeordnetenhaus wurde die Debatte dazu mit Geschäftsordnungstricks unterbunden. Jedoch: Wir werden die berechtigte Kritik der Anwohner an der Baumfällung, der Nachverdichtung und der gezielten Ansiedlung von Einwanderern im grünen Pankow anprangern und alles unternehmen, was in unserer Macht steht, um solche Bauprojekte aufzuhalten oder zu verhindern.

RONALD GLÄSER

Folgen Sie der Hauptstadtfraktion in den Medien und nehmen Sie Kontakt auf:

- +49 30 23 25-2622
- info@afd-fraktion.berlin
- afd-fraktion.berlin
- twitter.com/afdfraktionagh
- facebook.com/AfDFraktionAGH
- youtube.com/c/AfDFraktion AbgeordnetenhausBerlin
- instagram.com/afdfraktionagh
- tiktok.com/@hauptstadtfraktion



Abonnieren Sie unseren Newsletter

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Fraktion der Alternative für Deutschland im Abgeordnetenhaus von Berlin, Niederkirchnerstraße 5, 10117 Berlin
V.I.S.D.P. Andreas Heinzgen **TELEFON** 030 2325-2640 **E-MAIL** info@afd-fraktion.berlin
Diese Zeitung informiert über die Arbeit der AfD-Fraktion. Sie darf nicht zu Wahlwerbezwecken verwendet werden.

Unsere Konzepte zur Lösung der Wohnungsnot

Zur Lösung des Wohnungsproblems muss vor allem schnell und viel gebaut werden. Aber auch die illegale Massenmigration nach Berlin müssen wir zurückdrängen. Wir können nicht so schnell und viel bauen, wie durch die Migration gebraucht wird – und wo bleiben da die Berliner?

Schnelleres Bauen ist nur durch massives Zurückdrängen von Gesetzes- und Verwaltungsvorschriften möglich. Die Berliner Verwaltung ist in allen Lebensbereichen zu einem unüberwindbaren Hindernis geworden. Unsere Art zu bauen ist zu komplex und zu teuer – ein Problem, welches uns auch in anderen

Zusammenhängen betrifft. Wir müssen überbordende Vorschriften ebenso zurückdrängen wie die weltmeisterliche Staatsquote für Steuern und Abgaben, damit den Bürgern – wie in anderen Staaten – mehr im Portemonnaie bleibt, um eigene Vorsorge treffen zu können.

- **Die Berliner Verwaltung ist in allen Lebensbereichen zu einem unüberwindbaren Hindernis geworden.**

Wir wollen die Grundsteuer abschaffen, die Grunderwerbssteuer für

Selbstnutzer auf null setzen, die Bildung von Eigentum auch für Menschen mit geringem Einkommen fördern und für die, die Mieter bleiben wollen, seriöse Genossenschaften fördern. Nur durch privates Bauen werden wir die Bedürfnisse der Berliner decken können. Die öffentliche Hand konzentriert sich auf die Unterbringung von Migranten und Sozialhilfe-Empfängern. Die hart arbeitende Berliner Bevölkerung zahlt mit ihren Steuern und Abgaben für ihre eigene Verdrängung aus dem Wohnungsmarkt. Dem wollen wir ein Ende setzen.

HARALD LATSCH



Grüne Welle der Vernunft: Hier will die AfD-Fraktion vorankommen

Die AfD fordert effiziente Baustellenkoordination und bedarfsgerechte Ampelsteuerungen

Das ist täglicher Verkehrsalltag für die Berliner. Hauptverkehrsstraßen, auf denen man eigentlich vor sich hin gleiten könnte, werden durch falsche Ampelschaltungen lahmgelegt.

Ein Großteil der heute existierenden Lichtsignalanlagen lässt eine dem Bedarf angepasste Steuerung zu, wurde aber in der Vergangenheit wieder abgestellt. Auch Zusatzsignalisierungen wie Geschwindigkeitsangaben für Auto- und Radfahrer sind mit wenigen Ausnahmen fehlbezogen.

Autofahrer sind genervt, Fahrgäste von Bus und Straßenbahn sind betroffen, die Kosten für die BVG durch Wartezeiten an Knotenpunkten steigen, und eben auch Fahrradfahrer und Fußgänger werden beeinträchtigt, die entweder an zu langen Rotphasen warten oder zu kurzen Grünphasen „rennen“ müssen.

- Autofahrer sind genervt, Fahrgäste von Bus und Straßenbahn sind betroffen, und eben auch Fahrradfahrer und Fußgänger, die entweder an zu langen Rotphasen warten oder zu kurzen Grünphasen „rennen“ müssen.

Das Land Berlin muss also deutliche Anstrengungen unternehmen, die durch Stau- und Wartezeiten an lichtsignalisierten Knoten angehäuften Zeitverluste für alle Verkehrsteilnehmer zu reduzieren. Insbesondere auch für den Wirtschaftsverkehr und somit für den hier ansässigen Mittelstand stellt die tendenziell sinkende Reisegeschwindigkeit in unserer Stadt ein massives wirtschaftliches Risiko dar.

Außerdem birgt das ständige Anfahren und Abbremsen deutlich mehr Gefahren für alle Verkehrsteilnehmer.

Deshalb fordert die AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus den Senat auf, technische Lösungen zur verkehrshängigen Steuerung in Anwendung zu bringen, die darauf abzielen, einen stabileren Verkehrsablauf, eine Erhöhung der Verkehrssicherheit und den Abbau von Wartezeiten an Lichtsignalanlagen zu erreichen.

- Es ist nötig technische Lösungen zur verkehrshängigen Steuerung in Anwendung zu bringen, die darauf abzielen, einen stabileren Verkehrsablauf, eine Erhöhung der Verkehrssicherheit und den Abbau von Wartezeiten an Lichtsignalanlagen zu erreichen.

Wir wollen bedarfsgerechte Steuerungen an Ampeln, deshalb fordern wir ein Pilotprojekt zur Prüfung des Einsatzes nachfragebasierter Detektion via Sensorik bzw. Kameras zur Steuerung der Ampelanlagen.

Die Übertragung von Informationen an Kraftfahrzeuge und Radfahrer über die nächsten Grünphasen soll durch Anzeigen auf der Straße, über die Navigationssysteme der Autos und insbesondere für Fahrradfahrer über eine App den Verkehrsteilnehmern zeigen, mit welcher Geschwindigkeit sie am besten und leichtesten vorankommen.

Wir wollen die Wiederherstellung bereits installierter, aber zwischenzeitlich abgestellter bzw. deaktivierter Steuerungen.

ROLF WIEDENHAUPT

Wir machen Berlins Verkehr flüssiger!



KARL-MARX-ALLEE

✓ Platz 1 belegt die **Karl-Marx-Allee** in beide Richtungen.

Linker und muslimischer Antisemitismus Hand in Hand

Förderung postkolonialer Projekte endlich stoppen!



Foto: stock.adobe.com/KarenKoch.KV71DA

Seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel bricht sich ein nicht für möglicher gehaltener Judenhas auch in Deutschland Bahn. Ausgerechnet im Land des ‚Nie wieder‘ hat man über Jahre hinweg die Augen vor den Folgen des ‚importierten‘ Antisemitismus verschlossen, der insbesondere mit den illegalen Flüchtlingsströmen in unser Land kam.

Befeuert wird der neue Antisemitismus durch eine Allianz von muslimischen und linken Israelfeinden. Dabei ist diese Verbindung keineswegs neu. Bereits in den Sechziger- und siebzigerjahren verbündeten sich westdeutsche Linksextremisten mit palästinensischen Terroristen und koordinierten Anschläge.

In der DDR war es noch schlimmer. Während man sich nach außen antifa-

schistisch gab, wurden palästinensische Terroristen ausgebildet und mit Waffen versorgt. Und in West-Berlin machte der Judenhaser Dieter Kunzelmann, der verantwortlich für den versuchten Bombenanschlag auf das jüdische Gemeindehaus in der Fasanenstraße am 9. November 1969 war, Karriere bei den Grünen und wurde 2018 in allen Ehren als „großer Sponti“ (Jürgen Trittin) zu Grabe getragen.

Der Judenhas in den eigenen Reihen wurde von den Grünen niemals aufgearbeitet. Kein Wunder also, dass auf Neuköllns Straßen der Antisemitismus wieder fröhliche Urstände feiert und sich deutsche Linksradikale mit muslimischen Israelhasern verbrüdern.

Als Treibsatz für die Neuauflage der unheiligen Allianz von linkem und

muslimischem Antisemitismus erweist sich seit einigen Jahren die aus Amerika nach Europa geschwappte postkoloniale Theorie. Ging es anfangs noch darum, koloniale Verbrechen aufzuarbeiten, hat sich längst ein radikales Gebräu aus umgekehrtem Rassismus und Judenhas durchgesetzt, wobei Israel als Vorposten des Kolonialismus imaginiert wird.

- **Befeuert wird der neue**
- **Antisemitismus durch eine**
- **Allianz von muslimischen und**
- **linken Israelfeinden.**

Dass es so weit kommen konnte, ist ein Armutszeugnis für unsere Hochschulen und Kultureinrichtungen. Denn gerade in akademischen Kreisen ist die Verwirrung der Geister durch postkoloniale Pseudo-Theoreme unübersehbar.

Die AfD fordert daher, die öffentliche Förderung aller postkolonialen Projekte umgehend zu stoppen und die illegale Masseneinwanderung endlich konsequent zu unterbinden. Nur so kann die gefährliche Melange aus linkem und muslimischem Antisemitismus eingedämmt und jüdisches Leben wieder sicherer werden.

MARTIN TREFZER

Und immer noch kein freier Termin beim Bürgeramt

Senat schwächt bei Digitalisierung

Beim Thema Digitalisierung kommt der Regierende Bürgermeister ins Schwärmen: „Berlin steht wie kaum eine andere Metropole für Innovation, Gründergeist, Vielfalt und Kreativität.“ Deswegen habe er das Thema zur Chefsache gemacht.

Leider hält die Wirklichkeit nicht mit den großspurigen Ankündigungen sämtlicher Regierungschefs im Roten Rathaus der letzten Jahre Schritt. Fakt ist: Die Digitalisierung kommt nicht voran.

Die Einhaltung der Vorgaben des eGovernment-Gesetzes? Gescheitert, weil die Ausschreibung für einen Teil der Software nicht korrekt war. Termin auf dem Bürgeramt? Immer noch Mangel-

ware. Einen Hochzeitstermin online ausmachen? Monate Vorlauf nötig, und bitte nur ohne ausländischen Partner, sonst wird es kompliziert.

- **In der Rangliste ist Berlin**
- **2023 auf den 24. Platz**
- **abgerutscht.**

In der Rangliste moderner Städte („Smart City Index“) des Digitalverbandes Bitkom ist Berlin 2023 auf den 24. Platz abgerutscht. Angeführt wird diese Liste von Städten wie München und Hamburg.

Das spiegelt die Wirklichkeit der Berliner Verwaltung wider. Wichtig wären

schnellere Prozesse, Konzentration auf das Wesentliche und eine generelle Reduzierung von Bürokratie.

Auf der anderen Seite gibt es Bereiche, in denen wir nicht noch mehr Tempo benötigen. Weder sollen die technischen Möglichkeiten zur flächendeckenden Überwachung der Bürger eingesetzt werden, noch sollten Kinder und Jugendliche damit überfordert werden. Die AfD-Hauptstadtfraktion hat eigens einen Antrag eingebracht, der die Benutzung von Handys an Schulen unterbinden würde. Im Unterricht ist volle Konzentration gefragt – und keine digitale Ablenkung.

RONALD GLÄSER